Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 32	S0306/22	02.09.2022
zum/zur		
F0214/22 – CDU-Ratsfraktion, Stadtrat Herr Boxhorn		
Bezeichnung		
Plakatierung für den „CSD Magdeburg,“		
Verteiler		Tag
Die Oberbürgermeisterin		20.09.2022

Seit Anfang / Mitte August finden sich im Stadtzentrum, u.a. an einem Stromkasten am Alten Markt, Plakate die für eine Demo und ein Stadtfest am 20.08.2022 werben.

Die Flächen auf Stromkästen sind keine Plakatflächen. Auf den Plakaten findet sich auch das Logo der Stadt Magdeburg.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Oberbürgermeisterin, wie sie zukünftig darauf hinwirken wird, dass solche illegalen Plakatierungen – insbesondere für von der Stadt geförderte Veranstaltungen – unterbleiben?

Zur Anfrage **F0214/22 – Plakatierung für den „CSD Magdeburg“** – nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Plakatierung an den Litfasssäulen zum CSD in MD erfolgt ordnungsgemäß in Kooperation mit dem Amt für Gleichstellungsfragen / dem Dezernat VI und der Firma Ströer.

Im Rahmen einer Auswertung des CSD 2022 wird auf den Sachverhalt der unsachgemäßen Plakatierung hingewiesen - um nochmals alle Mitglieder des Vereins darüber zu informieren. Wobei nicht klar ist, ob überhaupt Mitglieder des Vereins die Plakatierung vorgenommen haben.

Die Stromkästen - Energieversorgungseinrichtungen - gelten als Einrichtungen im Sinne von § 1 j der Gefahrenabwehrverordnung GefAbVO.

Das Anbringen von Werbeträgern an Einrichtungen ist ohne die Zustimmung des Eigentümers verboten (§ 7 Absatz 2 Satz 1. GefAbVO). Es ist davon auszugehen, dass die SWM und Amt 66 keine Zustimmung zum Anbringen von Werbeträgern erteilt haben. Der OAD wird festgestellte Plakate zur Anzeige bringen und ein OWi-Verfahren einleiten.

Darüber hinaus besteht grundsätzlich bei Energieversorgungseinrichtungen der SWM die Möglichkeit, dass die SWM selbst tätig wird oder einen Dritten mit der Entfernung der Werbeträger beauftragt. Der OAD wird hier nicht tätig und fordert den Störer auf, die Plakate zu entfernen. Es bestehen privatrechtliche Abwehrmöglichkeiten.

Gefahrenabwehrmaßnahmen durch den OAD (Verwaltungsverfahren zur Entfernung der Plakate) erfolgen nur im Einzelfall bspw. bei stadtweiter Plakatierung aufgrund Großveranstaltungen und soweit ein besonderes öffentliches Interesse für die Entfernung gegeben ist oder strafrechtliche Tatbestände erfüllt sind.

Holger Platz